

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Deutsch-chinesischer
Expertenaustausch**

Deutsche Erdölfachleute haben auf Einladung des chinesischen Ministeriums für Erdöl und Chemie Ende März die Volksrepublik besucht. Der deutschen Delegation, die einen Besuch chinesischer Erdölfachleute vom Juli 1976 erwidert, gehörten auch Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie an. Der Austausch von zwei weiteren Expertendelegationen für die Bereiche Kohle und Stahl soll folgen. Zu einer Informationsreise sind fünf leitende Mitarbeiter der Pekinger Elektrizitätsversorgungszentrale in die Bundesrepublik gekommen. Sie haben u.a. in Hannover ein Kabelmetallwerk besucht und interessieren sich vor allem für Fragen der Kabelfehlerortung und moderne Montagetechnik (VWD/NfA 22.3., DIE WELT 30.3.1977).

(2) **Deutsch-chinesischer Studentenaustausch**

Seit 1973 wurden, wie Frau Dr. Gisela Anders vom Deutschen Akademischen Austauschdienst mitteilte, insgesamt 42 Chinesen gefördert. Gegenwärtig halten sich 30 chinesische Studenten zum Studium des Deutschen in Heidelberg auf. Zum Wintersemester 1977/78 werden erstmals 11 Naturwissenschaftler zum Studium in die Bundesrepublik kommen. Seit 1973 haben insgesamt 54 deutsche Studierende und Graduierte aller Fachrichtungen in China studiert, gegenwärtig halten sich 23 Stipendiaten in China auf. Sie werden nicht ausschließlich in Peking untergebracht, sondern auch in Shanghai, Shenyang und Tientsin (Leserzuschrift im Spiegel, 28.3.77).

(3) **Anti-Atomkraftwerk - Demonstrationen
werden in der chinesischen Presse nicht
erwähnt**

Die chinesische Presse hat bislang auch die kleinste Demonstration in der Bundesrepublik Deutschland für registrierenswert empfunden. Um so mehr muß es auffallen, daß die Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde keine Erwähnung fanden. Ist daraus eine Distanzierung von KBW und KPD(ML) zu ersehen, die sich bisher der offiziellen Unterstützung erfreuten?

WESTEUROPA

(4) **Peking zeigt sich befriedigt über das
geplante Fliegende Warn- und Kontrollsystem,
das die NATO demnächst einrichten will**

"Die NATO-Verteidigungsminister erzielten am Freitag in Brüssel im Prinzip eine Einigung über die Schaffung eines Fliegenden Warn- und Kontroll-

systems, um das NATO-Warnsystem zu verbessern und damit jedem Überraschungsangriff zu begegnen, der von der Sowjetunion gestartet werden könnte" (NCNA, 26.3.77). Das System, das sich aus 27 Boeing 707 zusammensetzt, die mit Radar und Elektronik ausgerüstet sind, sei bestimmt "zur Aufspürung militärischer Aktivitäten der Sowjetunion und der anderen Warschauer Pakt-Länder". Das neue Kontrollsystem sei eine Antwort auf die "überwältigende sowjetische Überlegenheit über die NATO in der konventionellen Rüstung".

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) **Sowjetischer Grenzunterhändler
verläßt Peking**

Nach dreimonatigen erneuten Grenzverhandlungen in Peking, die einen weiteren Markstein in der seit 1969 andauernden Konferenzfolge abgaben, hat der sowjetische Unterhändler Iljitschew am 28. Februar Peking erneut ohne greifbare Ergebnisse verlassen. Zum Stand der Verhandlungen sagte Iljitschew vor seiner Abreise lediglich, daß "alle Verhandlungen irgendeinen Zweck haben". Seinen Angaben zufolge sollen die Kontakte auf einer unteren Ebene fortgesetzt werden. (IHT, 1.3.77) Als Grund für seine Rückkehr gab er "offizielle Geschäfte" an.

Die Erinnerungen an die jahrelangen amerikanisch-chinesischen Botschaftergespräche, die dann schließlich weitere Perspektiven eröffneten, mögen Iljitschew vorgeschwebt haben, als er - trotz aller konkreten Ergebnislosigkeit - gleichwohl von "wertvollen Erkenntnissen" sprach, die er aus den Verhandlungen gewonnen haben will.

Immerhin wurde Iljitschew bis zum Flughafen von Yü Chan, seinem Verhandlungspartner, begleitet, der ebenfalls den Rang eines Stellvertretenden Außenministers einnimmt und der ihn - einigermaßen freundschaftlich - verabschiedete.

(6) **Peking kritisiert die sowjetischen
Beschlüsse über die 200-Meilen-Zone**

Nach einem Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über "zeitweilige Maßnahmen zur Erhaltung von Meeresressourcen und über das Fischen in der Nähe der sowjetischen Küsten" gelten mit Wirkung vom 1. März 1977 neue Regelungen über die an die Sowjetunion angrenzenden Seegebiete des Pazifik und des Arktischen Ozeans. Gleichzeitig trat am 1. März ein vom US-Kongreß gebilligtes Gesetz über eine 200-Meilen-Fischereizone in Kraft.

JMJP (11.3.77) kritisierte vor allem die sowjetischen Maßnahmen und schrieb ihnen drei Ziele zu:

Erstens sollen die neuen Regelungen "die hemmungslose sowjetische Ausplünderung der Meeresressourcen von Ländern der Dritten Welt rechtfertigen". In dem Erlaß werde festgestellt, daß ausländische Fischer innerhalb der 200-Meilen-Zone der Sowjetunion solche Fischmengen fangen dürften, die die sowjetische Fischfangkapazität überschreiten. Umgekehrt müsse die Sowjet-Fischereiflotte dasselbe Recht in den Küstengebieten anderer Länder haben. JMJP weist darauf hin, daß die sog. "Fischfangkapazität" einer Supermacht diejenige der meisten Entwicklungsländer bei weitem übertreffe und daß infolgedessen hier ein Vorschlag gemacht werde, der die Symmetrien mißachte, also letztlich auf Kosten der armen Dritte-Welt-Länder gehe.

Zweitens sei der Erlaß ein "Stoßkeil gegen die Länder der Zweiten Welt, besonders gegen Japan". Vor allem die kritische Situation um die vier Kurilen-Inseln herum setze die Sowjetunion in stand, gegenüber japanischen Fischern und gegenüber Japan jederzeit politische Erpressungsakte begehen zu können. Vor allem würde mit der 200-Seemeilen-Zone der gerechte Kampf des japanischen Volkes um Wiedergewinnung seiner Nordgebiete abgewürgt.

Drittens stelle die neue Maßnahme einen weiteren Schritt des Kampfes der Sowjetrevisionisten gegen die USA um Seehegemonie dar. "Die Ankündigung verwandter Maßnahmen und Erlasse, die die beiden Supermächte fast gleichzeitig unternahmen, richtet sich nicht nur gegen andere Länder, sondern verkörpert auch die Gegensätze und das Ringen zwischen beiden Oberherren zur See".

(7) **Angriff gegen Moskaus Strategie, den Ländern der Dritten Welt einen "nicht-kapitalistischen Weg" zu empfehlen**

"Der Kreml, der seinen Weg des Expansionismus und der Aggression nach draußen fortsetzt, predigt seit Jahren den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, daß sie den, wie er es nennt, 'nichtkapitalistischen Weg' einschlagen sollen (NCNA, 4.3.77, S.4 ff.). Was aber sei unter diesem Begriff zu verstehen? Überall stelle der Kreml die Bedeutung des staatlichen Sektors in den Mittelpunkt und behaupte, daß in den neuen unabhängigen Ländern der staatliche Sektor der Wirtschaft mehr oder weniger im Charakter sozialistisch sei und daß die betonte Entwicklung des staatlichen Sektors das A und O des "nichtkapitalistischen Weges" sei.

Eine solche Argumentation aber sei falsch. Staatliche Betriebe führten keineswegs unbedingt zu einer sozialistischen Wirtschaft. Vielmehr komme es darauf an, welche Klasse in den betreffenden Ländern den Staat steuere.

Letztlich komme es den Sowjets darauf an, eine "internationale Diktatur" über alle den "nichtkapitalistischen Weg" beschreitenden Länder zu erlangen. "Breschnew und seinesgleichen haben proklamiert, daß die Sowjetunion der 'verlässliche Pfeiler' und die 'führende Kraft' der den 'nichtkapitalistischen Weg' beschreitenden Länder' sei. Nur als Verbündete der Sowjetunion könnten die Entwicklungsländer... auf dem nichtkapitalistischen Weg vorwärtsmarschieren. Andernfalls würden sie angeblich aus folgenden zwei Gründen auf 'unüberwindbare Schwierigkeiten' stoßen: 1. einer 'sehr rückständigen Wirtschaft' fehle die 'materielle Grundlage' und

2. gebe es keine Arbeiterklasse, die bei der sozialistischen Befreiung ihres Landes eine führende Rolle spielen könnte." Wer aber den nichtkapitalistischen Weg einschlage, müsse notwendigerweise mit der Sowjetunion zusammenarbeiten. "In dieser Hinsicht ist Ägypten ein bezeichnender Fall. Die Kremlobosse erklärten einmal, Ägypten habe den nichtkapitalistischen Weg beschritten und beschuldigten dieses Land ein anderes Mal leidenschaftlich, von diesem Weg abgewichen zu sein. Sie beurteilen andere Länder danach, ob sie ein Bündnis mit Moskau eingehen und die sowjetische 'internationale Diktatur' akzeptieren oder nicht. Die neuen Zaren bemühen sich eifrig darum, mit anderen Ländern Bündnisverträge zu unterzeichnen. Seit 1971 haben sie sog. Verträge der 'Freundschaft und Zusammenarbeit' mit Indien, Ägypten, Angola und einigen anderen Ländern unterzeichnet. Ist einmal ein Vertrag unterzeichnet, so benutzen sie diesen als 'legale Basis' zur unbarmherzigen Expansion, zur Zerschlagung der Souveränität anderer Länder, zur Einmischung in deren innere Angelegenheiten und zur Erlangung der verschiedensten Vorrechte... Tatsachen zeigen, daß der von den sowjetischen Revisionisten laut angepriesene 'nichtkapitalistische Weg' in Wirklichkeit ein neokolonialistischer Weg voller Fallen ist." Ägypten habe den Sowjets dafür die verdiente Rechnung präsentiert.

Zum Verständnis dieser Polemik sei hier nochmals die sowjetische Lehre vom Übergangsmodell eines sog. "Nationaldemokratischen Staates" angegeben. Ein solcher Staat zeichne sich durch folgende Kriterien aus: eine Politik der Nichtanlehnung und der antiwestlichen Orientierung; der Minimalisierung westlicher Wirtschaftseinflüsse; der Beteiligung einheimischer Kommunisten an der Gestaltung der nationalen Politik und der Forderung nach einem zunehmenden Ausbau des staatswirtschaftlichen Sektors.

(8) **China gedenkt des 59. Jahrestags der Gründung der sowjetischen Roten Armee**

Anläßlich des Jahrestags haben die Revolutionskomitees und die Zweigstellen der Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft in den Nordost- und Nordprovinzen Liaoning, Heilungkiang, Kirin und Hopei sowie in der Stadt Lü-ta am 23. Februar an den jeweiligen Gräbern und Denkmälern für die Gefallenen der sowjetischen Armee Kränze niedergelegt. Auf den Schleifen der Kränze stand geschrieben: "Ewiger Ruhm den im antifaschistischen Widerstandskrieg Gefallenen der sowjetischen Roten Armee" (Radio Peking/deutsch, 24.2.77).

Es handelt sich hier um ein schon seit Jahrzehnten zur Tradition gewordenes Zeremoniell für Gefallene jener Sowjetarmeen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs gegen Japan in die Mandchurei eingerückt waren. Da dieses Zeremoniell gleichsam gefroren ist, hat seine Wiederholung im Jahre 1977 keine politische Aussagekraft.

(9) **"Faschistische Diktatur in der UdSSR"**

Peking setzt sich nicht nur für die Charta der 77 ein und zielt dabei auf die Behörden der CSSR, sondern hat neuerdings auch die Maßregelung von Regimekritikern in der Sowjetunion unter Beschuß genommen. "Revolutionäre und Dissidenten", die mit der konterrevolutionären Herrschaft der Breschnew-

Renegatenclique unzufrieden seien, würden als "Geistesranke" in "Irrenhäuser" eingesperrt. "Die Unterdrückung in diesen Anstalten ist so grausam, daß sie bei weitem die in Hitlers Konzentrationslagern und Zuchthäusern übertreffen. In der Sowjetunion gibt es heute alle Arten von Anstalten für Geistesranke, die als Irrenhäuser, Nervenheilanstalten, Forschungsinstitute für Nervenkrankheiten und Sanatorien für Nervenranke bekannt sind und erst nach der Machtübernahme Breschnews gegründet wurden. Da gibt es Anstalten für allgemeine und besondere Fälle - in den allgemeinen Nervenheilanstalten werden Abteilungen für besondere Fälle eingerichtet. Viele Irrenhäuser unterstehen direkt dem KGB. Einige Patienten sind wirklich geisteskrank, bei anderen aber handelt es sich um völlig gesunde Gegner der sowjetrevisionistischen Herrschaft... Die Benutzung von Irrenhäusern als ein Werkzeug der Unterdrückung des sowjetischen Volkes ist ein stahlharter Beweis dafür, daß die sowjetrevisionistische Renegatenclique immer mehr den Weg der Faschisierung beschreitet. Sie ist ein Ausdruck der inneren Schwäche dieser Clique, obwohl sie sich nach außen hin grausam gibt... Die sowjetischen Behörden haben eine Reihe von Gesetzen und Bestimmungen zur Legalisierung derartiger faschistischer Verbrechen ausgeheckt... Aufgrund der Art.58-60 des Strafgesetzbuches wurden Tausende und Abertausende von Menschen in Irrenhäuser gesteckt oder in Zuchthäuser verbracht... Andere wurden ins Exil geschickt... Die Angestellten in den Irrenhäusern, in denen politische Gefangene festgehalten werden, werden von besonderen sowjetischen Agentenorganisationen gestellt. Das medizinische Personal hat militärische Dienstgrade und trägt Uniform." (NCNA, 21.1.77)

(10) Kauft Peking Waffen aus Rumänien?

Der Besuch einer rumänischen Militärdelegation in Peking hat zu Spekulationen geführt, daß China am Kauf rumänischer Waffen interessiert sei. Die rumänische Delegation, die vom stellvertretenden Verteidigungsminister des Landes angeführt wurde, sei vom chinesischen Vize-Außenhandelsminister Wei Yu-ming empfangen worden. Sei dies schon ungewöhnlich, so müsse noch mehr verwundern, daß zu den Gesprächspartnern der rumänischen Militärs ausschließlich Vertreter chinesischer Wirtschaftsministerien gehörten, heißt es in der Meldung (BPA/Ostinformationen (24.3.1977).

AFRIKA UND NAHOST

(11) China baut seine Beziehungen zu Ägypten weiter aus

Am 21. März haben die Regierungen der VR China und der Arabischen Republik Ägypten in Peking ein langfristiges Handelsabkommen und ein langfristiges Zahlungsabkommen unterzeichnet. Beide Vereinbarungen haben Gültigkeit vom 1. Januar 1977 bis zum 31. Dezember 1980. Beide Regierungen unterzeichneten außerdem ein Handelsprotokoll für das Jahr 1977. (NCNA, 21.3.77)

Über die Größenverhältnisse dieser Abkommen wurden keine näheren Angaben gemacht.

Damit setzt China eine Politik fort, die seit 1974

mit Konsequenz betrieben wird.

Nachdem die Sowjets im Oktober 1973 ihre Waffenlieferungen an Ägypten eingestellt hatten und sich sogar weigerten, einem Gesuch Ägyptens zum Aufschub der Schuldzahlung nachzukommen, sah China seine Chance in dem strategisch (Suezkanal!) günstig gelegenen Ägypten. Es suchte überall dort einzuspringen, wo die Sowjetunion ihre Mithilfe verweigerte. U.a. sprang China als Lieferant von Düsenantriebswerken für MIG-Flugzeuge ein. Immer wieder auch hat China das in ägyptischen Ohren so wohlklingende Argument wiederholt, daß die Sowjetunion die von der "zionistischen Aggression" ausgelösten Schwierigkeiten Ägyptens dazu nutze, um Militärstützpunkte zu fordern und Gewinne aus Ägypten herauszuschlagen. (Vgl. u.a. C.a. Juli 1975, S.329, Ü 10)

(12) Expansionspolitik der neuen Zaren in Zaire

Während der ersten Märzwoche fiel eine größere Anzahl von fremden Truppen im größten afrikanischen Staat, Zaire, ein, dessen Staatsoberhaupt Mobutu zu China - wie sein zweimaliger Besuch in Peking bewiesen hat - enge Freundschaftsbeziehungen unterhält.

Aus chinesischer Sicht handelt es sich bei den fremden Verbänden um Söldnertruppen aus der früheren Provinz Katanga, welche von Zaire nach Angola geflüchtet waren. Die Sowjetunion habe sich dieses Überrests an Kolonialstreitkräften bereits bei der bewaffneten Intervention in Angola bedient. U.a. seien diese ehemaligen Gendarmen von Moskau mit Raketenwerfern und ferngelenkten Raketen ausgestattet worden.

Nachdem Angola in einen Brückenkopf zur Expansion der Sowjetherrschaft in Zentral-, Ost- und Südafrika ausgebaut worden war - die Ratifizierung des sog. Sowjetisch-Angolanischen Freundschaftsvertrags und der Besuch Podgornys in Afrika seien hierfür Meilensteine gewesen - habe der Angriff gegen Nachbarstaaten begonnen. Als "Unterstützer" nationaler Befreiungskämpfe getarnt, stellten die "neuen Zaren... Geld, Waffen, militärische Berater und Söldnertruppen zur Verfügung, um Zaire anzugreifen." (Radio Peking/deutsch, 21.3.77)

Die sowjetische Regierung habe sich zwar gegen jeden Interventionsverdacht verahrt und betont, daß Moskau keine "Sonderinteressen" im Süden oder im Norden oder in irgendeinem anderen Teil Afrikas habe. Wie aber sei es mit solchen Aussagen zu vereinbaren, daß die in Zaire eingefallenen Söldner mit modernsten sowjetischen Waffen, einschließlich Raketen und Lenkgeschossen ausgerüstet seien, daß sich - mit der Sowjetunion eng liierte - Kubaner an der Aktion beteiligten und daß durchweg "russische Taktiken" verfolgt würden? (NCNA, 22.3.77)

Auf einer Tagung des Sicherheitsrats, die die Südafrikafrage zum Inhalt hatte, erklärte der chinesische Vertreter Lai Ya-li: "Vor kurzem heuerte der Sozialimperialismus eine große Anzahl von Söldnern an, um eine flagrante großangelegte Invasion gegen die Republik Zaire zu begehen. All das macht es den Völkern Südafrikas möglich, noch deutlicher zu erkennen, daß es zum Zwecke der Beseitigung der kolonialen und rassistischen Herrschaft und zur Erlangung der wahren nationalen Unabhängigkeit dringend erforderlich ist, den Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus eng mit dem Kampf gegen den Hegemonismus zu verbinden, um zu verhindern, daß

der Tiger durch die Hintertür eintritt, während man dem Wolf an der Vordertür den Eintritt verwehrt. (NCNA, 25.3.77)

Am 25.3. empfing Präsident Mobuto von Zaire den chinesischen Botschafter (NCNA, 25.3.77).

Vizeministerpräsident Li Hsien-nien gab der Sunday Times ein Interview, in dem er erklärte: "Wo immer in der Welt die Russen versuchen, sich breit zu machen, wird unvermeidlich auch China verwickelt. In Afrika können wir im allgemeinen nur politische Hilfe geben und die unheilvollen Motive der Russen und ihre Verbrechen bloßstellen. Die russische Entscheidung, Kubaner nach Afrika zu schicken, hat der Welt gezeigt, was die Russen in Südafrika wollen". U.a. ginge es ihnen darum, eines Tages die Kontrolle über das Kap der Guten Hoffnung zu übernehmen.

Li betonte, sein Land liefere an niemanden in Afrika Waffen in größerem Ausmaße. Einige Länder allerdings hätten in geringem Umfang Waffenhilfe erhalten, so z.B. die drei Bewegungen in Angola, als sie gegen die Portugiesen kämpften. "Dies war kostenlos. Wir wollen mit dem Tod keine Geschäfte treiben".

ASIEN

(13) Peking unterstützt Japan bei den Fischereigesprächen zwischen Moskau und Tokyo

Vom 28. Februar bis 3. März fanden in Moskau Gespräche über die Fischerei im Nordpazifik statt.

Vor den Gesprächen bereits hatte die Sowjetunion einseitig die Errichtung einer "200-Meilen-Fischerei-Ausschlußzone" mit Wirkung vom 1. März verkündet, einer Zone, die auch die vier zwischen der Sowjetunion und Japan umstrittenen Nordkurilen-Inseln miteinbezieht. Während der Gespräche machte die Sowjetunion die Durchsetzung der "200-Meilen-Fischerei-Ausschlußzone" zur Vorbedingung und verlangte von Japan die Anerkennung der Gewässer einschließlich des Bereichs der japanischen Nordgebiete.

Die Gespräche endeten damit, daß Japan seine Zustimmung zu der Ausschlußzone verweigerte.

Die Gespräche scheiterten schließlich, weil Japan vor allem in der Frage der vier Nordkurilen-Inseln keine Zugeständnisse machen wollte. Notfalls werde die japanische Seite ebenfalls eine 200-Meilen-Zone (unter Einschluß der vier Nordinseln) geltend machen und diese als Grundlage für Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines langfristigen Abkommens nehmen. (NCNA, 1.3.77, S.13, 2.3.77, S.7 f. und 6.3.77. Dazu Hsinhua: "Die Willkür der neuen Zaren hat deren Züge als Hegemonisten vor dem japanischen Volk entlarvt".)

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(14) Peking macht sich über das Engagement der beiden Supermächte für die "Menschenrechte" lustig

Am 28. Februar brachte JMJP einen Artikel, in dem sie die Behandlung der sog. "Dissidenten in der Sowjetunion" durch die sowjetische Regierung angriff.

Gleichzeitig mache der Kommentar klar, daß aber auch die Diskussion um die "Menschenrechte" eine bloße "Show zur Täuschung der Öffentlichkeit" sei. Das Banner der Menschenrechte, der Freiheit und Gleichheit, wie es von der Bourgeoisie vor über einem Jahrhundert im Kampf gegen den Feudalismus erhoben wurde, habe inzwischen längst seine Bedeutung verloren. Unter der Herrschaft des Kapitals würden die Menschen in Klassen unterteilt. Individuen verschiedener Klassen hätten verschiedene Rechte. Die breite Masse des arbeitenden Volkes habe lediglich das eine Recht, eine "ausgebeutete und demütigende Existenz zu führen". Menschliche Rechte, Freiheit und Demokratie seien hohle Begriffe für sie - ein "unerreichbarer Luxus".

JMJP stellt sich also keinesfalls hinter die Forderungen der Bukowskis, Sacharows usw.

Trotzdem nimmt es den Kampf der "Bürgerrechtler" zum Anlaß, um vor allem das "faschistische Regime Breschnews" anzugreifen, verglichen mit dem sich die "USA geradezu blendend weiß ausnehmen" (NCNA, 1.3.77, S.12).

Moskau sei tief verletzt gewesen, als das Weiße Haus den Bürgerrechtler Bukowski empfangen habe. Im Wesen spiegele der offene Streit und der versteckte Kampf rund um die Menschenrechtsfrage zwischen der Sowjetunion und den USA lediglich die verstärkte Rivalität zwischen den beiden Supermächten wider. Präsident Carter habe im Zusammenhang mit der Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion eine schwache Stelle der Sowjetführung und "die einzige Lücke in der Bewaffnung dieses Militärgiganten gefunden". (NCNA, 7.3.77)

INNENPOLITIK

(15) Neuordnung der Provinzfürhungen

In einer ganzen Reihe von Provinzen fanden bis Ende März (vgl. Thema von W. Bartke) umfangreiche Reorganisationen der Führungsspitze als Nachwirkungen der Beseitigung der Vierergruppe statt. Besonders ernsthaft wurden die personellen Veränderungen in den Provinzen Yünnan und Liaoning vorangetrieben. Eine sorgfältige Verfolgung der Provinznachrichten läßt dabei das gesamte Organisationsnetz der Linken Fraktion auf regionaler Ebene in den Jahren nach 1972 in Umrissen erkennbar werden. Im früher geübten Stil der Partei wurden regionale Führungskader, gegen die sich der Hauptstoß in den einzelnen Provinzen richtet, nicht mit Namen genannt; gerade solche Praktiken nämlich wurden der Shanghai-Fraktion während ihres Kampfes um die Macht vorgeworfen.

(16) Das "Yünnan-Problem"

Ein gutes Beispiel für die heftigen Nachwirkungen des Sturzes der Shanghai-Gruppe in den Provinzen ist die sogenannte "Lösung des Yünnan-Problems", wie es in den chinesischen Medien heißt. Ende Februar meldete der lokale Rundfunk (SWB 3.3.77) wichtige Instruktionen des Vorsitzenden Hua Kuofeng und des ZK zur Lösung des Yünnan-Problems. Ein Dokument dieses Titels werde in der Provinz studiert, Möglichkeiten der Anwendung seien diskutiert worden. (Vgl. auch SWB 22.2.77) Am 26.2.77 wurde eine Kritikveranstaltung der Provinzorgane für